

17. Dezember 2025

## Postulat

Von Nadina Diday (SP),  
Yves Henz (Grüne)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das in der Weisung 2025/333 (Verordnung über die Testung sexuell übertragbarer Infektionen, VTSI) definierte Angebot um die kostenlose Erstbehandlung für Syphilis, Chlamydien, Gonokokken sowie die kostenlose Humane Papillomaviren-Impfung erweitert.

### Begründung:

Die mit der Weisung 2025/333 angestrebte Verfestigung und Ausweitung des Pilotprojekts für STI-Tests ist ein sehr wichtiger Schritt in der Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten. Der Stadtrat hält in seiner Weisung korrekterweise fest: «Das Testen und Behandeln der Betroffenen führen wiederum nicht nur zur Vermeidung von individuellen Spätfolgen, sondern auch zu einem allgemeinen Rückgang der Infektionen». Damit diese epidemiologische Logik jedoch ihre volle Wirkung entfalten kann, weist die Weisung zwei kritische Lücken auf, die mit dieser Motion geschlossen werden sollen.

Erstens, für den Rückgang der Infektion braucht es zwingend die durch Unterbrechung von Infektionsketten. Der Stadtrat schreibt selbst: «Treiber von Epidemien mit bakteriellen STI sind somit vor allem asymptomatische Trägerinnen und Träger». Wird eine Person positiv getestet, muss die Behandlung unmittelbar erfolgen. Viele Menschen verfügen über Krankenkassen-Modelle mit hohen Franchisen. Die Kosten für die notwendigen Medikamente stellen für viele eine finanzielle Hürde dar, die dazu führen kann, dass Behandlungen verzögert oder gar nicht angetreten werden. In dieser Zeitspanne bleibt die Person infektiös. Eine kostenlose Abgabe der Erstmedikation direkt vor Ort, oder wo sinnvoll von Dritten, ist der effektivste Weg, um die Weiterverbreitung sofort zu stoppen. Dies ist im Sinne der "Public Health" wesentlich effizienter als reine Diagnostik.

Zweitens, Humane Papillomaviren (HPV) sind die häufigste sexuell übertragbare Infektion. Sie sind Hauptursache für Gebärmutterhalskrebs sowie Anal- und Rachenkarzinome. Das Nationale Programm NAPS des BAG verfolgt das Ziel der Elimination von HPV-assoziierten Krebsarten. Aus epidemiologischer Sicht ist eine hohe Durchimpfungsrate (Herdenimmunität) entscheidend. Da HPV-Impfungen sehr kostspielig sind, verzichten viele Erwachsene aus Kostengründen darauf. Eine kostenlose Impfung im Rahmen des städtischen Angebots ist eine direkte Investition in die Krebsprävention und verhindert langfristig massiv höhere Gesundheitskosten.

Wie der Stadtrat in der Weisung 2025/333 darlegt, sind präventive Massnahmen im Verhältnis zu langfristigen Behandlungskosten deutlich kosteneffizienter. Die Behandlung einer fortgeschrittenen Syphilis, die Folgen unbehandelter Chlamydien (Unfruchtbarkeit) oder die Krebsbehandlung bei HPV-Folgeerkrankungen belasten das Gesundheitssystem um ein Vielfaches stärker als die Kosten für eine Impfung oder für eine Erstmedikation.

Die Stadt Zürich darf in der Präventionspolitik nicht auf halbem Weg stehen bleiben, sondern soll als Vorbild vorangehen und die Prävention lückenlos gestalten – von der Testung bis zur Behandlung.

*Antrag auf gemeinsame Behandlung mit Weisung 2025/333.*

*Y. Hesse*

*K. M. May*